

**Alpadorf.** Die Ortsgruppe Schieleberg-Alpadorf der Deutschen Volkspartei hatte am Sonntag zu einem Vortrag den Herrn Hofprediger Rektor Dresden im neuerröhmten "Friedenstempel" eingeladen. Eine zahlreich erkrankene Zuhörerschaft folgte mit großem Interesse den großartigen und geistreichen Ausführungen des Redners über das zeitgemäße Thema: "Der religiös-ethische Wert der Arbeit". Der Vortrag gab zunächst einen Überblick über die Wertung der Arbeit in den verschiedenen Epochen der Menschheitsgeschichte. Besonders wurde die arbeitstadelnde Stellung Jesu, die epochemachende Hochachtung der Arbeit durch Luther und ihre Verherrlichung durch Kant, Goethe und Carlyle geschildert. Mit realistischer Anschaulichkeit wurde dann die unheilvolle Entwicklung des modernen Arbeitslebens in den großindustriellen Betrieben, in den mechanischen Handgriff-Berufen charakterisiert, wo weder Sinn, Zweck noch Resultat der Arbeit dem Gemüt des Arbeiters persönliche Anteilnahme abgewinnen können. Mit warmem Verständnis für die Arbeitseere erklärte der Referent daraus das Schwinden der Arbeitslust und -freude. Und doch soll die Arbeit eine Gottespflicht, ein Gottesdienst sein, aus dem reicher Gottesdienst für den Arbeiter herausfließt. Das ist aber nur möglich, wenn das Arbeitstreiben durch die Weisheit der Liebe veredelt wird, dann kann auch der Arbeitnehmer etwas von seiner Seele in die sonst stumpfsinnige Tätigkeit legen und wird mit Liebe und Freude arbeiten. Vor allen Dingen gilt es feitzuhalten am Glauben an den allmächtigen Gott, der uns auch im Arbeitsauftrag Liebe schenken will. Dann werden wir fröhlich arbeiten und brauchen nicht zu verzweifeln, auch nicht für unser geliebtes Volk. Der Redner rief die Versammlung in erbebensten Worten dazu auf, Großer Dank und lebhafter Beifall lohnte seine trefflichen Ausführungen.

**Schlesien.** Am vergangenen Sonntag predigte in unserem schönen Gotteshaus Herr Hofprediger Rektor aus Dresden. Als Kirchenmusik bot Frau Kammerlänger Soot die Arie: "Sei stille dem Herrn" aus dem Elias von F. Men elssohn-B.

**Frauenstein.** Die Priv. Schillinggesellschaft hat beschlossen, am diesjährigen Pfingstfest das Pfingst- und Königsfesten noch ausfallen zu lassen. Maßgebend für diesen Beschluss war der Ernst der Zeit, das Bewußtsein, noch zwei Mitglieder der Gesellschaft, die Malermeister Raden und Jemtrich, in Gefangenschaft zu wissen und die Rücksichtnahme auf die bei einer großen Anzahl von Mitgliedern noch bestehende Trauer um gefallene oder Sorge um noch in Gefangenschaft befindlicher Angehörige.

**Dresden.** Ueber die Freigabe des Privatvermögens der königlichen Familie sind in den letzten Tagen wiederum Mitteilungen durch die Presse gegangen, die nicht in allen Punkten den Tatsachen entsprechen. Die Angelegenheit liegt jetzt so, daß der Vertreter des ehemaligen Königs, Dr. Eiben, bei der Staatsregierung erneut den Antrag auf die Freigabe des Privatvermögens der Mitglieder des Könighauses gestellt hat. Es handelt sich hierbei um das eigentliche Privatvermögen, um das Familien-Anwartschaftsvermögen und um das Vermögen der Sekundo-Genitur, das Privatvermögen des Prinzen Johann Georg. Diese Vermögensbestände sind seinerzeit von der Staatsregierung beschlagnahmt worden, um zunächst erst einmal festzustellen, welche Objekte Privatvermögen und welche Staatsvermögen sind. Diese Feststellungen sind nunmehr abgeschlossen, weshalb Verhandlungen über den weiteren Verlauf der Angelegenheit bevorstehen. Die Staatsregierung wird sich bereits in den nächsten Tagen mit den Fraktionen der Volkstammer ins Einvernehmen setzen, um zunächst deren Ansicht über die Freigabe der Privatvermögensbestände des ehemaligen Könighauses zu hören. Da sich die Mehrzahl der Fraktionen vorwiegend für die Freigabe aussprechen dürfte, so würde ihr auch nichts mehr im Wege stehen. Gegenwärtig liegen die Verhältnisse so, daß der ehemalige König von Sachen und seine Angehörigen überhaupt über keine Vermögensbestände verfügen, so daß sie fortwährend an die Staatskasse heranreten müssen, um entsprechende Geldbeträge zu erhalten. Daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar ist, liegt klar auf der Hand. Auf der anderen Seite würde auch für die Staatsregierung insofern eine Vereinfachung einleuchten, als für die Regierung der Apparat für die Verwaltung des ehemaligen königlichen Privatvermögens in Wegfall kommen würde.

**Planen i. B.** Wegen Kohlenmangels mußte das städtische Elektrizitätswerk vom Sonntag ab seinen Betrieb wieder wesentlich einschränken. Tagsüber kann gar kein Strom mehr abgegeben werden. Die elektrische Straßenbahn stellt ihren Betrieb vorläufig auf 3 Tage vollständig ein. Die Tageserzeugungen können nur während der Nacht hergestellt werden.

**Döbzig.** Der Verdacht der rechtswidrigen Bereicherung, der gegen den Vorstehenden Müller des früheren hiesigen Soldatenrats schwebte, hat sich derzeit erledigt, daß jetzt Anzeige erstattet worden ist. Müller soll 20 bis 30 Zentner Mehl, das in einer Mühle im hiesigen Bezirk entnommen wurde, nach Leipzig und Dresden mit entsprechendem Verdienste verhandelt haben.

**Letzte Nachrichten.**  
**Die Unterzeichnung des Friedens.**  
Genf. "Pelt Parisien" beschäftigt sich mit dem Zeitpunkt der Ratifizierung des Friedensvertrags, der Ende Juni der Kammer vorgelegt werde. Ende Juli werde diese mit der Beratung zu Ende sein. Die Erledigung des Vertrags durch den Senat werde 20 Tage dauern, so daß der Friedensvertrag am 20. August ratifiziert werden könnte. Anmittelbar hierauf finde die Demobilisation des Heeres statt. Ferner sind Wahlen, die im Oktober stattfinden sollen, in Aussicht genommen, obwohl manche Politiker sie erst im Mai nächsten Jahres stattfinden lassen wollen.

**Das französische Handelsministerium** hat bereits einen Wirtschaftspan fertiggestellt, der sich vor

allem gegen die Einfuhr deutscher Waren nach Frankreich richten soll. Man beabsichtigt, diesen Plan der Öffentlichkeit zu übergeben.

**128 Beschuldigte.**  
Rotterdam, 26. Mai. "Daily Mail" meldet aus Paris: Die Alliierten haben eine Konvention ihrer Beschlüsse über die strafrechtliche Aburteilung des deutschen Kaisers, des deutschen Generals, Admirale und Politiker abgelehnt. Der Beschluß ist einstimmig gefaßt. Auf der Liste der Schuldigen stehen 128 Namen. Die Prozesse sollen innerhalb 3 Wochen nach Friedensunterzeichnung durchgeführt sein.

### Andere Richtenfaktoren liefert Karl Lehne

### Lozales.

**△ Vorsicht im Briefverkehr mit den besetzten Gebieten.** Durch Verweigerung des Briefverkehrs mit den besetzten Gebieten der Westfront ist für die besetzten Gebiete nur durch Postkarten gestattet. Briefe sind mit Ausnahme von Geschäftsbriefen und solchen über wichtige Familienereignisse verboten. Nun macht jetzt die belgische Kommandantur in Düsseldorf-Oberassel bekannt, daß vom 25. Mai an jeder Empfänger eines nicht erlaubten Briefes mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft werde. Da liegt es im dringendsten Interesse der Einwohner der besetzten Gebiete, daß das ganze unbesetzte Deutschland davor gewarnt wird, Briefe — anstatt Postkarten — zu schicken.

**△ Unbegründete Befürchtungen betreffs der Kriegsanleihe.** In weiten Kreisen besteht die Befürchtung, daß infolge der finanziellen Friedensbedingungen der Entente eine Annullierung der Kriegsanleihe bevorstehe und daß schon die Zinssubvention nicht eingelöst werden würden. Diese Befürchtung ist unbegründet. Die Reichsregierung hat auch ihre finanziellen Gegenvorschläge gemacht und dabei die Frage der Kriegsanleihe besonders berücksichtigt.

### Aus Stadt und Land.

**△ Großes Brandunglück in Ludwigshafen.** Eine große Anzahl französischer Soldaten ist einer großen Feuersbrunst in Ludwigshafen zum Opfer gefallen. In der Nacht brach im Lagerhaus der sächsischen Bahnen, das mit französischen Truppen belegt war, ein Feuer aus. Das Feuer griff so rasch um sich, daß viele Soldaten sich nicht mehr retten konnten. Man spricht von 30 Toten und 100 Verletzten. Viele sprangen von den oberen Stockwerken in den Rhein. Das Gebäude ist völlig niedergebrannt. Als Ursache wird angegeben, daß beim Kaffeeloch ein Spiritusapparat explodierte.

**△ Polizei und gekohenes Heeresgut.** Von den Entlassungsbewerbern, die gegenwärtig in der Gutentafelne in Frankfurt a. Main ausgegeben werden, wurden dieser Tage Kleider im Werte von 40 000 Mark gestohlen. Als Schuldige und Mitschuldige sollen sieben Mitglieder der Truppen verhaftet sein. Ein anderes Mitglied ist mit der Rasse verschwunden, so daß die Zahlung der Löhne verzögert worden ist. Das sind, bemerkt die "Frankf. Zeitung", höchst unerquickliche Zustände bei einer Mannschaft, die zur Wahrung der Sicherheit und zum Schutz des Eigentums dienen sollen.

**△ Meuterei auf einem englischen Schachtschiff.** Einer Meldung aus Heisingfors zufolge ist das englische Schachtschiff "Curacao", das Flaggschiff der englischen Ozeanflotte mit der Basis Heisingfors, nach England zurückgekehrt, angeblich wegen einer geringeren Explosion, die dem Schiffe Schaden zufügte. Der Korrespondent von "Politiken" erzählt jedoch aus finnischen Militärkreisen, daß die Ursache, welche die Rückkehr der "Curacao" veranlaßte, keineswegs eine Explosion war, sondern eine Meuterei unter der Mannschaft an Bord, die sich weigerte, gegen die Flotte der russischen Arbeiterrepublik in Kronstadt vorzugehen. Da die Gefahr vorlag, daß die Meuterei sich auch auf andere englische Schiffe ausbreiten könnte, wurde die "Curacao" heimgeschickt.

**△ Sozialistische Massenkundgebungen in Paris.** Am Sonntag fand in Paris eine gewaltige Demonstration sozialistischer Parteien wegen des Verhaltens der Regierung am 1. Mai und wegen ihrer Haltung in der Friedensfrage statt. Die Beteiligung an der Kundgebung war sehr groß und übertraf die Demonstration vom 1. Mai ganz erheblich.

**△ Der Polizeidirektor von Metz verhaftet.** Kapitän Balland, der Polizeidirektor von Metz, wurde verhaftet. Man sagt, daß er sich des Mißbrauches seiner Amtsgewalt schuldig gemacht habe, indem er den Deutschen in Lothringen volle Bewegungsfreiheit verlieh. Weiter soll er sich verschiedener Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht haben.

**△ Die dänische Butterausfuhr nach Deutschland** wird in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden, da es Deutschland gelungen ist, Bedingung zur Bezahlung des ersten Teiles der Ausfuhr zu schaffen. Die dänische Butterproduktion hat in letzter Zeit stark zugenommen. Deshalb wird auch die Ausfuhr nach England und Schweden wieder aufgenommen werden.

**△ Der neue Bürgermeister von Wien.** Der neue Wiener Gemeinderat wählte mit 110 gegen 52 Stimmen Jakob Neumann, Sozialdemokrat, zum Bürgermeister von Wien. In der Rede, mit der der neugewählte Bürgermeister die Wahl annahm, betonte er unter anderem Beifall, daß die Bevölkerung, möge auch der Friedensvertrag jetzt die Bewirkung des Selbstbestimmungsrechtes verwehren, den festen Willen habe, daß Wien die zweite Hauptstadt der deutschen Republik werde.

**△ Vernichtung aller Munition im englischen Besatzungsgebiet.** Der britische Militärgouverneur hat angeordnet, daß alle gebrauchsfähige deutsche Munition, die sich im Besitz von Firmen und Personen befindet, sofort unbrauchbar zu machen ist. Alle hergestellten männlichen und weiblichen Arbeitskräfte sind in dieser Arbeit heranzuziehen, die nach besten Kräften zu fördern ist.

## Die deutschen Gegenanschläge.

**Die Ueberreichung der deutschen Deutschrift.**  
Der vollständige Text der deutschen Deutschrift liegt nun vor und ist in Druck gegeben. Sie wird spätestens am Donnerstag, aller Wahrscheinlichkeit aber schon am Mittwoch übergeben werden. Gleichzeitig mit der Ueberreichung der Gegenanschläge an die Friedenskonferenz erfolgt auch ihre Veröffentlichung in der deutschen Presse. Es steht auch zu erwarten, daß sie im neutralen Ausland eine weitgehende Verbreitung finden. Ein großer Teil des Büropersonals der Versailler Friedensdelegation wird nach Ueberreichung der Deutschrift wahrscheinlich nach der Heimat zurückgelandt werden. Es wird aber auch erwogen, ob nicht die Mehrzahl der Delegierten für die Zeit, während der die Entente die Deutschrift prüft und darüber beratschlägt, nach Deutschland zurückkehren soll.

**Die Schuldfrage.**  
Graf Brockdorff hat die Antwort auf die Note Clemenceaus betreffend die Schuld- und Entschädigungsfrage in Versailles bereits überreicht. Graf Mangau nimmt in der Schuldfrage den gleichen Standpunkt ein, den er bereits in seiner Rede bei der Ueberreichung der Friedensbedingungen dargelegt hat: Deutschland ist an dem Kriege nicht allein schuldig und hat nicht allein die durch ihn verursachten Schäden zu tragen.  
Die deutsche Note widerlegt zunächst die falschen Schlussfolgerungen der Entente aus der Note Lansing, andererseits erkennt sie Deutschlands Verpflichtung an, alle Schäden, die durch völkerrechtswidriges Verhalten im Kriege entstanden sind, in vollem Umfange gut zu machen. Dagegen wird für den Schaden, den Deutschlands Bevölkerung durch die Blockade, insbesondere aber durch Aufrechterhaltung der Blockade nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages entstanden ist, ebenfalls Entschädigung gefordert.

Endlich wird in der Note die Veröffentlichung des von den alliierten Regierungen durch eine besondere Kommission in der Frage der Verantwortlichkeit gesammelten Materials verlangt. Dies sei keine innere Angelegenheit der alliierten Regierungen, sondern eine Lebensfrage des deutschen Volkes und müsse in aller Öffentlichkeit erörtert werden. Methoden der Geheimdiplomatie seien nicht mehr am Platze.

**Ablehnung der deutschen Saargebietsvorschläge.**  
Die Antwort der Alliierten auf die Saargebietsvorschläge der deutschen Delegation ist bereits in Berlin eingetroffen und liegt der Reichsregierung vor. Die deutschen Gegenanschläge haben keine Gnade vor den Augen der gestrengen Ententeregierungen gefunden. Nach der hochfahrenden Ablehnung unserer Gegenanschläge zur Erleichterung des Loses unserer Kriegsgefangenen und zur Milderung der wirtschaftlichen Bedingungen folgt nun die nicht minder höhnische Antwort auf unsere Vorschläge in bezug auf das Saargebiet. Der Biererrat hat den ergründigsten Wortlaut der Note, welche die Briefe des Grafen Brockdorff-Mangau hinsichtlich des Saargebietes beantwortet, festgelegt und die Note selbst am Montag der deutschen Delegation übermietet. In dieser Note werden sämtliche wirtschaftlichen und politischen Bedingungen des ursprünglichen Planes aufrechterhalten. Nur wurde im Zusammenhang mit der von Deutschland zu leistenden Zahlung bei dem nach Ablauf der Volksabstimmung vorgesehenen etwaigen Rückkauf eine kleine Milderung gemacht.

**Die neue Rückkaufsklausel.**  
Die Pariser Presse veröffentlicht bereits die Antwort Clemenceaus auf die beiden deutschen Saarnoten. Um jede Möglichkeit eines Irrtums zu beseitigen und die Schwierigkeiten der Goldzahlung aufzuheben haben sich die alliierten und assoziierten Regierungen entschlossen, diese Klausel abzuändern. Sie schlagen vor, an die Stelle des letzten Absatzes der besagten Klausel die folgende Fassung zu setzen:  
"Die Zahlungsverpflichtung wird von der Kommission für Wiedergutmachung erzwungen werden und es soll Deutschland gestattet sein, eine erste Hypothek auf deutschen Reichsbesitz zu geben oder auf alle jene Einkünfte, die die Kommission für Wiedergutmachungen gut und sicher dünkt. Wenn Deutschland ein Jahr nach dem Zeitpunkt, an dem die Zahlung hätte geleistet sein sollen, sich noch nicht gelehnt hat, so wird die Kommission für Wiedergutmachungen selbst dafür sorgen, in Uebereinstimmung mit den Anweisungen, die ihr vom Völkerbund gegeben werden sollten, und gegebenenfalls durch Liquidation eines Teiles der Kohlengruben."

Hiermit hat die Entente die Forderung fallend lassen, daß Deutschland den Rückkauf des Saargebietes in Gold bezahlen soll, falls die nach 15 Jahren stattfindende Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausfallen sollte. Deutschland ist in der Lage, sein Rückkaufrecht nicht durch Metallgeld, sondern auch durch andere Vermögensgegenstände geltend zu machen. Das Pariser "Journal" sucht diese Abänderung des Rückkaufrechtes durch die Entente zu rechtfertigen, indem es die Entente als Schutzherrin des Selbstbestimmungsrechtes hinstellt. Das Selbstbestimmungsrecht der Saarbevölkerung wäre verletzt worden, wenn die Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausgefallen wäre, Deutschland aber den Rückkauf nicht durch Gold hätte ausführen können.

**Graf Brockdorff-Mangau über die Unterzeichnung des Friedens.**

Der Vorstehende der deutschen Friedensdelegation Graf Brockdorff-Mangau sprach sich in einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des "Vorwärts" über die Unterzeichnung des Friedensvertrages u. a. folgendermaßen aus:

"Ich bin nach Versailles mit der festen Absicht gekommen, das, was an früherem Wohlstand und Glück des deutschen Volkes noch übrig bleibt, zu verteidigen und zu retten — aber auch dieser letzte Rest wäre durch die unüberwindlichen Friedensbedingungen vernichtet, und da frast